

Menschenrechte als Leitwährung globaler Gerechtigkeit

von Prof. Dr. Henning Hahn

Das Zeitalter der Menschenrechte hat eben erst begonnen. Menschenrechte wurden zunächst, im 18. Jahrhundert, als bürgerliche Grundrechte erstritten - gegen den Absolutismus und noch innerhalb dessen naturrechtlichen Anspruchs. In zweiter Generation nahmen Menschenrechte die Erfahrungen frühindustrieller Verelendung in sich auf, bevor sie als Reaktion auf den Zivilisationsbruch im 20. Jahrhundert allgemein erklärt (AEMR, 1948) und völkerrechtswirksam verabschiedet wurden (UN Sozialpakt, UN Zivilpakt, 1966). Heute wird die Sprache der Menschenrechte als lingua franca politischer Kritik und Legitimation anerkannt. Wir stehen am Portal einer globalen Menschenrechtsordnung, in der Menschenrechte nationale, internationale und supranationale Beziehungen konstituieren. Es ist diese Aussicht, von der die Hoffnung auf globale Gerechtigkeit weiter zehren kann.

Globale Ungerechtigkeit

Dass die Welt, in der wir leben, nicht gerecht ist, ist eine zunehmend spürbare Tatsache. Global gesehen ähnelt die Ungleichheit in Wohlstand und Chancen denen feudalistischer Verhältnisse. Wenige haben ungeheuer viel; viele haben das Nötige; viel zu viele haben nicht einmal das. Aber es greift zu kurz, globale Ungerechtigkeit auf schwere Armut zu reduzieren. Globale Ungerechtigkeit ist kein Problem des globalen Südens, sondern eine globale Herausforderung in dem Sinne, dass Handeln, Chancen und Zukunft von jedem Menschen auf der Welt durch ungerechte Strukturen beeinträchtigt werden. Wir kooperieren vor dem Hintergrund von Regeln, die weder fair noch nachhaltig sind: Globale Finanzströme entziehen sich einer demokratisch legitimierten Verteilung; globaler Handel prekarisiert die Arbeitsbedingungen auch jener, die selbst von ausbeuterischer Arbeit profitieren; globale Governance-Organen wie die G20 folgen der Interessenpolitik mächtiger Staaten - oder Unternehmen. Diese Analyse teilen republikanische und

liberale, progressive und konservative Beobachter. Der Ruf nach globaler Gerechtigkeit ist damit nicht mehr bloß ein humanistisches Anliegen schwärmerischer Kosmopoliten. Auch aus nüchterner Sicht muss der Kampf um Gerechtigkeit - um Freiheit, politische Teilnahme und soziale Teilhabe - auf supranationale Strukturen ausgeweitet werden. Dazu wurden in den letzten Jahren mehr oder weniger utopische Vorschläge unterbreitet. Die einen fordern eine Demokratisierung globaler Herrschaft bis hin zum globalen Konstitutionalismus; die anderen globale Umverteilung bis hin zur wohlfahrtsstaatlichen Weltrepublik. Aber diese Vorschläge stoßen auf zwei Hindernisse: Erstens sind sie im schlechten Sinne utopisch; das heißt, es gelingt ihnen nicht, Verantwortlichkeiten zu benennen, die politisch realistisch und zielführend sind. Zweitens vermischen sich Forderungen nach globaler Gerechtigkeit mit westlich geprägten Wertvorstellungen, die transkulturell nicht geteilt werden - etwa mit Vorstellungen von Individualismus, Demokratie und sozialer Gleichheit, die (vermeintlich) spezifisch westliche Ideen transportieren.

Menschenrechtsansatz globale Gerechtigkeit

Aus diesen Gründen konzentriert sich die globale Gerechtigkeitstheorie zunehmend auf einen Menschenrechtsansatz globaler Gerechtigkeit. Die realistische Utopie eines globalen Menschenrechtsregimes ist sowohl politisch machbar, als auch transkulturell konsensfähig. Denn erstens ist eine globale Menschenrechtsordnung bereits in Teilen realisiert - in den globalen Pakten, UN-Organen und regionalen Menschenrechtserklärungen genauso wie in den Menschenrechtskonditionalitäten globaler Institutionen wie der Weltbank und insgesamt im Selbstverständnis der globalen Zivilgesellschaft. Im Namen der Menschenrechte zielt die Forderung nach globaler Gerechtigkeit daher nicht ins nirgendwo, sondern auf die Verfestigung bereits angelegter Strukturen. Zweitens wurden Menschenrechte zwar im Westen erfunden, aber ihre Geltung ist universell. Menschenrechte verkünden eine Werteordnung, die die Erfahrung weltweit geteilter Gefährdungen in sich aufnimmt. Damit handelt es sich nicht um rein westliche, sondern um globale Standards, die einen überlagernden Konsens zwischen religiösen und weltanschaulichen Lehren bilden. Kurzum, Menschenrechte sind zur Leitwährung globaler Gerechtigkeit avanciert. Zwar ist die Menschenrechtsordnung - nicht erst seit dem Rückzug der USA aus dem UN-Menschenrechtsrat - fragil; aber wenn es eine realistische und begründete Hoffnung auf globale Gerechtigkeit geben soll, dann die auf ihre weitere Verwirklichung.

Prof. Dr. Henning Hahn ist Gastprofessor für Praktische Philosophie an der Freien Universität Berlin und Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt Ethik der Globalisierung an der Universität Kassel.

